Tägliche Omaha Tribüne

TRIBUNE PUBLISHING CO.—VAL. J. PETER, President.

1307-1309 Howard Str. Telephon: TYLER 348. Omaha, Nebraska.

Preis des Tageblatts: Durch den Träger, per Woche 10c; durch die Post, per Jahr $5.00; einzelne Nummern 2c. — Preis des Wochenblatts: Bei strikter Vorausbezahlung, per Jahr $1.50.

Des Moines, Ia., Branch Office: 407—6th Ave.

Entered as second-class matter March 14, 1912, at the postoffice of Omaha, Nebraska, under the act of Congress, March 3, 1879.

Omaha, Neb., Dienstag, den 5. März 1918.

Ein Gebot der Dankbarkeit.

Eine der seltensten und daher auch eine der im Menschen am höchsten geschätzten Tugenden ist die aufrichtige, uneingeschränkte Dankbarkeit. Von alters her ist sie jedoch schon als eine der bemerkenswertesten Eigenschaften des deutschen Charakters in Sage, Lied und Geschichte gepriesen worden. Sie bildet die Grundlage zu der altbewährten deutschen Treue. Diese beiden Eigenschaften hat jeder deutsche Einwanderer als einen wertvollen Schatz in seinem Herzen mitgebracht, als er die Gestade Amerikas betrat, um sich hier eine neue Heimat zu gründen und an den Früchten dieses gesegneten Landes teilzunehmen. Er schwor dem Lande, das er sich zu seiner neuen Heimat gewählt und das seinen Kindern Geburts- und Vaterland werden sollte, feierlichst die Treue, eine unverbrüchliche, uneingeschränkte Treue, die jederzeit von ihm unter allen Umständen gehalten worden ist und gehalten werden wird. Doch damit endet beileibe nicht seine Pflicht dem Lande gegenüber. Er weiß wohl, daß er sich auch in Dankbarkeit der Wohltaten erinnern muß, deren er unter dem Sternenbanner teilhaftig wurde. Er kam meistens als armer Mann hierher und es gelang ihm, mit Fleiß und Ausdauer sich die ihm unter der Landesverfassung gebotenen Gelegenheiten zu Nutze zu machen und sich einen Wohlstand zu erwerben, dessen er wohl kaum in seinem alten Vaterlande hätte teilhaftig werden können. Dafür sollte er und wird er sich auch dem Lande erkenntlich zeigen, nun da Amerika von seinem Gelde Gebrauch machen muß, um in diesem Weltkrieg das Sternenbanner in Ehren zu erhalten. Nun da das Land ihn angeht, ihm von dem hier erworbenen Wohlstand leihweise gegen gute Sicherheit und Zinsen einen Teil zur Verfügung zu stellen, weil es dessen zur Kriegsführung notwendig bedarf, da treibt ihn die Dankbarkeit, sich eine solche Gelegenheit nicht entgehen zu lassen.

Diese Gelegenheit aber bietet sich ihm gegenwärtig in der dritten Freiheitsanleihe, die Uncle Sam soeben aufzunehmen im Begriffe ist. Es sollte da keiner zu finden sein, dem es nachgesagt werden könnte, daß er die Tugend und Pflicht der Dankbarkeit zu einer Zeit, wo sie den besten Beweis für seine Aufrichtigkeit, Treue und Anhänglichkeit hätte erbringen können, schnöde aus seinem Herzen verstoßen hätte.

Jeder nutze daher die gegenwärtige Gelegenheit nach Kräften aus und kaufe die Freiheitsbonds der dritten Anleihe unseres Landes, soviel ihm seine Mittel nur erlauben.

Erster Sieg für Amerika.

Als am 11. Februar Präsident Wilson vor dem amerikanischen Kongreß erschien, um klipp und klar vier Punkte festzustellen als die für Amerika einzig annehmbare Grundlage für den Eintritt in Unterhandlungen über einen allgemeinen Frieden, da verlautete zugleich aus der bekannten „verläßlichen Quelle" in Washington, daß der Präsident eine Antwort von Seiten der Mittelmächte erwarte.

Diese Antwort ist erfolgt—genau zwei Wochen später. Sie war in Folge neuerer deutscher Waffenerfolge im Osten Europas mit Bangen erwartet worden von den wahren Friedensfreunden, das heißt von denen, die auf der vom Präsidenten gegebenen amerikanischen Grundlage auf dauernden Frieden hofften. Diese Friedensfreunde befürchteten, daß den Kriegshetzern auf deutscher Seite von neuem der Kamm geschwollen sein könnte. Für sie hat die Antwort eine Erleichterung. Um kurz klarzustellen, was wir meinen, sei Folgendes hervorgehoben.

Die vier Punkte, für die der Präsident der Vereinigten Staaten vor allen Dingen Anerkennung verlangt hatte, waren:

1. Jeder Punkt des endgiltigen Abkommens muß auf Recht basieren, damit der Friede dauernd ist.

2. Völker und Provinzen dürfen nicht wie eine Ware ausgetauscht werden zum Zwecke der Herstellung von „Gleichgewicht in Macht".

3. Gebietsregelungen müssen zum Besten der in Frage kommenden Völker geschehen, nicht lediglich zum Ausgleich von Ansprüchen rivalisierender Staaten.

4. Berechtigten nationalen Ansprüchen muß weitestgehende Genugtuung gegeben werden.

Die am 25. Februar vom deutschen Reichskanzler vor dem deutschen Reichstage gegebene Antwort beginnt mit den Worten:

„Ich kann mich im Grundsatz mit den vier grundlegenden Punkten einverstanden erklären, welche nach der Ansicht Präsident Wilsons bei einem gegenseitigen Gedankenaustausch anerkannt werden sollten, und so erkläre ich im Einklang mit Präsident Wilson, daß auf einer solchen Grundlage Erörterungen für einen allgemeinen Frieden stattfinden können.

„Nur ein Rückhalt muß jedoch hierbei gemacht werden: Diese Grundsätze müssen nicht allein vom Präsidenten der Ver. Staaten vorgeschlagen, sondern auch von allen Staaten und Völkern tatsächlich anerkannt werden."

Also Graf Hertling erklärt im Namen der deutschen Regierung, daß die Grundlage anzuerkennen sei, die Präsident Wilson im Namen Amerikas für Friedenserörterungen gefordert habe.

Nur einen Rückhalt macht er, und das ist der, daß diese Anerkennung auch von Seiten aller anderen Staaten und Völkern erfolgen sollte.

Dies wird geschehen, denn wie schon oft an dieser Stelle hervorgehoben, Amerika wird schließlich den Ausschlag geben.—Germania Herold.

Das Moratorium für das Militär.

Ohne wesentliche Aenderungen an der vom Abgeordnetenhause angenommenen Vorlage vorzunehmen, hat vorige Woche der Bundessenat die „Soldiers' and Sailors' Civil Rights Bill" gutgeheißen und damit Gesetzgebung ermöglicht, die bestimmt ist, einem Ausnahmezustande gerecht zu werden, den der jetzige Krieg veranlaßt hat, schreibt die „Germania", Milwaukee.

Die Vorlage schafft, um ihre wichtigsten Bestimmungen in einem Worte zusammenzufassen, ein mit gesetzlichem Zwange ausgestattetes Moratorium für die Angehörigen aller Zweige unserer Wehrmacht zu Wasser, zu Lande und in der Luft. Das heißt, es wird ihnen eine Stundung ihrer Schulden, ein Aufschub ihrer Zahlungsverpflichtungen bewilligt, so lange sie sich im Dienste des Vaterlandes befinden.

Es ist selbstverständlich, daß seitens des Landes denen, die stündlich gewärtigen müssen, ihr Blut für dasselbe zu verspritzen, weitgehendstes Entgegenkommen gezeigt und dafür Sorge getragen wird, daß weder sie selber, noch auch ihre Familienangehörigen dadurch zu vermeidbaren Schaden kommen, daß sie unter den Fahnen dienen. Kein Mensch wird sich der Gerechtigkeit eines derartigen Vorschlags verschließen, selbst wenn er mit Kosten für die Steuerzahler verbunden ist, denn eine noch so hohe Steuerbürde ist immer nur ein geringes Opfer im Vergleiche zu der Hingabe des Lebens oder Siechtum und Verkrüppelung.

Aber nicht minder recht und billig ist es auch, den ohne irgend ein eigenes Verschulden entstandenen Verlusten jener Rechnung zu tragen, die als Gläubiger durch ein solches Moratorium betroffen werden. Wird den im Dienste Befindlichen gestattet, die Zahlung ihrer Schulden beim Hauswirt, beim Fleischer und Grocer usw. hinauszuschieben, so werden in vielen Fällen diese Gläubiger selber, die anderen Leuten gegenüber Verpflichtungen haben, in Verlegenheit gebracht werden. Auch ihnen sollte unter den obwaltenden Umständen eine gewisse Nachsicht, ein gewisses Entgegenkommen seitens des Landes bewiesen werden. In dieser Hinsicht scheint jedoch, soweit uns bekannt ist, in der jetzt von beiden Häusern des Kongresses angenommenen Vorlage keine Vorsorge getroffen zu sein; das läßt sich aber vielleicht noch nachholen, wenn die Vorlage, weil sie nicht vollkommen gleichlautend in jedem der beiden Häuser angenommen wurde, noch in einem gemeinschaftlichen Konferenzausschusse zu abermaliger Beratung kommen sollte.

Wir werden alt, wenn uns die Leute sagen, daß wir jung aussehen.

Es kommt nicht darauf an, wie alt man ist, sondern wie man alt ist.

Hundert Schulbuben in San Francisco sollen wegen „Illoyalität" prozessiert werden. Die Hosen stramm ziehen wäre weniger umständlich und wirksamer!

Nationalbund-Vertreter protestieren gegen geplante Freibrief-Entziehung

(Fortsetzung von Seite 1.)

auf die Angriffe „Adolph Heinrichs" auf den Bund, die in der Dezembernummer des Atlantic Monthly erschienen waren, seine eigene Erklärung nach Bekanntwerden der Nachricht, daß Senator King den Widerruf des Charters des Bundes beantragt habe, einen Brief Oscar R. Price's, des Publizitätsleiters der Freiheitsanleihen, an den Präsidenten des Staatsverbandes von Ohio, Richter John Schwaab in Cincinnati, in welchem der Patriotismus, die Loyalität und die Frugalität der Bürger deutscher Abstammung hervorhergehoben werden, eine Chronologie der Geschichte des Bundes, einen Bericht über die patriotische Haltung, die Dr. Heramer schon nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen eingenommen hatte, einen Artikel des „Zeitgeist" bezüglich der King'schen Vorlage, einen Protest des Staatsverbandes Washington gegen Widerruf des Charters und Auszüge aus den Debatten im Kongreß, die der Verleihung des Freibriefes vorausgegangen waren.

Antwort auf Ohlingers Beschuldigungen.

In Bezug auf die von Anwalt Gustavus Ohlinger von Toledo, O., erhobenen Anschuldigungen sprach sich Pastor von Bosse wie folgt aus:

„Durch seine Beschuldigungen gegen den Bund ohne Unterbreitung von Beweisen irgend welcher Art hat Anwalt Gustavus Ohlinger Millionen der besten, gesetzliebendsten und patriotischsten Bürger des Landes insultiert. Die Anmaßung in den Beschuldigungen des Mannes wird allein von ihrer Absurdität übertroffen. Unglücklicherweise sind wir zu unserer Informierung auf Preßdepeschen angewiesen, da uns mitgeteilt worden war, daß am 23. Februar kein Verhör stattfinden würde. Diese Zeitungsdepeschen erschienen unter Ueberschriften wie der folgenden „Sklavische Kreaturen des Kaisers unter Feuer" usw. und versuchten, die Ansicht hervorzurufen, daß die Bundesmitglieder Verräter der schlimmsten Art wären. Unter den Mitgliedern befinden sich, wie schon erklärt wurde, einige der allerbesten Bürger, Männer, welche ihre amerikanischen Freunde nicht eingebüßt haben, da letztere sie nur als Männer kennen, die in geeigneter Weise ihren Ueberzeugungen treu geblieben sind und für die Rassenverbindungen mit dem Kriege gegen Autokratie nichts zu tun haben. Die Beschuldigungen, soweit ich sie gesehen habe, sind folgende:

1.—„Konsolidierung aller Deutschen in Amerika zu einem wirtschaftlichen, politischen und sozialen Block." Dem widersteht die Verfassung des Bundes. Da seine ganze Tätigkeit lediglich erzieherisch und patriotisch gewesen ist, wie kann das obige richtig sein? Gouverneure, Senatoren und andere Männer höchsten Standes sind wiederholt bei Affairen des Bundes anwesend gewesen und sind genau vertraut mit dem, was er geleistet hat. Sie würden ihm sicherlich nicht die Ehre ihres Besuchs erwiesen haben, wenn der Bund verräterische Absichten verfolgte. Oder nehmen Sie an, daß diese Männer so stupid sind, um verräterische Neigungen in einer Vereinigung zu übersehen, die sie persönlich mit ihrem Besuche beehren?

„Der Bund hatte absolut nichts mit der Präsidentenwahl in 1916 zu tun. Dr. Heramer bestand stets auf einer Politik von „Hände weg" für seine Vereinigung. Was geschah, geschah außerhalb der Vereinigung. Die Worte „wirtschaftlich, politische und sozial" sind einem Preisausschreiben entnommen, in welchem die Witwe von Conrad Seipp in Chicago den Anteil der Deutschamerikaner an der Geschichte und Entwickelung dieses Landes beschrieben haben wünschte. Das Preisausschreiben hatte mit dem Bunde absolut nichts zu tun. Der erste Preis wurde von Prof. Faust von Cornell gewonnen, der nicht Mitglied des Bundes ist.

„2.—Zur Erregung von Rassen-Gegensätzen und zur Herbeiführung größerer Einigkeit unter den Deutschen in den Vereinigten Staaten". Wie die Presse bestätigen wird, begannen die Angriffe auf amerikanische Bürger deutscher Abstammung schon vor langer Zeit. Nicht um Rassengegensätze zu erregen, sondern um sie abzuwehren, ergriff der Bund die Waffen zur Verteidigung jener, die hier naturalisiert worden waren. Wenn eine größere Einigkeit unter Vereinen usw. bestanden hat, so ist das nicht unter Deutschen geschehen, sondern unter amerikanischen Bürgern deutscher Abstammung. Damit hat der Bund nicht mehr getan, wie die „Freunde der deutschen Demokratie", die offiziell sanktioniert worden sind. Ja, er hat weniger getan, denn es bestand niemals die entfernteste Verbindung mit Deutschland, weder direkt noch indirekt.

„3.—Zur Verbreitung über das ganze Gebiet der Ver. Staaten von Propaganda, die von der deutschen Regierung inspiriert war." Um das zu tun, hätte der Bund Geld nötig gehabt. Das besaß er nicht in genügendem Maße. Oft verfügte er nicht für die notwendigen Verwaltungs-Arbeiten über hinreichende Fonds. Aus diesem Grund mußte er eine Zeit lang auf Herausgabe seiner Monatsschrift verzichten. Größere Eingänge wurden dem „Eisernen Fonds" überwiesen, der heute nur wenig über $30,000 aufweist. Größere Summen, die gesammelt wurden, dienten der Errichtung von Denkmälern für Amerikaner deutscher Geburt, so z. B. $25,000 für das Pastorius-Denkmal usw. Die Behauptung, daß der Bund Geld vom Auslande erhielt, ist eine glatte Lüge. Nicht ein Penny kam von dort. Möglicherweise hätte es erlangt werden können; ob das der Fall war, weiß ich nicht; aber eins weiß ich, daß keins in irgend welcher Form angenommen wurde. Dr. Heramer's Orden vom Kaiser konnte nicht abgelehnt werden. Er wurde verliehen in Verbindung mit dem deutschen Theater in Philadelphia geleisteter Dienste wegen und wird in Deutschland auch Kutschern usw. verliehen, wenn sie ihren Herren 25 Jahre oder länger gedient haben. Wären des Doktors Dienste für den Kaiser so wichtig gewesen, so würde er wahrscheinlich einen höheren Orden erhalten haben, wie anderen ihn besitzen. Hätte es eine Propaganda gegeben, so würde sie sich in der Einführung von Lehrbüchern in Schulen gezeigt haben, aber selbst das ist nirgends geschehen. Wo Deutsch in Schulen eingeführt wurde, geschah es der deutschen Eltern wegen, die ihre Kinder lieber öffentliche als private Schulen besuchen lassen und doch wollten, daß sie imstande wären, die Sprache der Eltern zu lesen. Die Auswahl der Lehrbücher wurde stets von den Schulbehörden vorgenommen. Die einzigen Schriften, die von dem Bunde veröffentlicht wurden, behandelten den Bund und seine Ziele, wie die Konstitution es bestimmte.

„4.—Zur Erregung von Opposition gegen die Politik der Regierung der Vereinigten Staaten". Da der Bund Parteipolitik von seinem Programm ausgeschlossen hat, konnte das nicht gut möglich sein. Ein Bismarck war nötig, um Deutschland zu einigen. Wo ist der Bismarck, der das hierzulande tun könnte, wenn das Sprichwort so alt ist wie die Deutschen selbst: „Zwei Deutsche, drei Meinungen"? Im Gegenteil forderte Dr. Heramer nach der Kriegserklärung zur Unterstützung der Regierung auf.

„5.—Zur Förderung der Ziele illoyaler Personen und Gruppen in den Vereinigten Staaten". Illoyalität kann es nur zur Kriegszeit geben. Aber wo sind solche Ziele und Personen, welche der Bund seit April 1917 oder früher schon unterstützt hat?

„6.—Zur Erregung von Opposition gegen Spirituosen-Prohibition in den Ver. Staaten". Der Bund trat dagegen ein, weil es sich dabei um Beschränkung der persönlichen Freiheit handelt. Damit handelte er in den Grenzen des Rechts.

Diese Beschuldigungen sind schwerwiegend aber vage. Wir verlangen Beweise. Wenn nicht anderes, so war der Freibrief, den wir besaßen, ein Hemmnis für etwaige illegale Betätigungen. Wäre der Bund ohne Charter gewesen, wie die Anti-Saloon League, so hätte er vielleicht von skrupellosen Personen für oben genannte Zwecke ausgenutzt werden können, aber wie die Sachen liegen, hat er ein reines Gewissen. Er weist die anmaßende Haltung jener zurück, die Amerikanismus monopolisieren möchten, weil sie unter Amerikanismus nur das verstehen, wie sie es haben möchten. Für uns bedeutet Amerikanismus ungeteilte Anhänglichkeit an Amerika. Unterstützung der Regierung bis zum Verzicht auf Kritik in Kriegszeiten. Aber er schließt meiner Auffassung nach nicht die Verehrung geheiligter Tradition aus, die uns von unseren Vätern überkommen ist, noch Vereinigung solcher Traditionen. Viel, was mit Recht gegen Deutsche hierzulande vorgebracht worden ist, wird mit dem Bunde verquickt, und das mit Unrecht. Ich wiederhole, daß ein ungerechtfertigter Insult des guten Namens von Millionen unserer Bürger in einem derartigen Angriff liegt, ganz abgesehen davon, daß er die Einigkeit stört, deren Erhaltung uns so sehr am Herzen gelegen hat."

Die Schlußworte Pastor v. Bosses lauteten wie folgt: „Wir fügen uns Ihrem Entscheidung und werden uns Ihrem Urteil unterwerfen, behalten uns aber das Recht vor, einen Widerruf unseres Charters für ungerecht zu erachten, solange nicht hinreichende Beweise für unser Unrechttun erbracht sind. Amerika ist unser Land, und wir bleiben hier mit unseren Kindern. Und als Amerikaner sind wir gleich, berechtigt zu gleichem Stimmrecht und zu gleicher Gerechtigkeit."

John Schneiders' Ausführungen.

Herr John A. Schneiders aus Jackson, Fla., Präsident des Floridaer Staatsverbandes, schilderte den Patriotismus der Deutschen in Jacksonville in glänzenden Farben. Als Amerika in den Krieg eintrat, hätten Mitglieder des „Germania Club", welcher mit dem Nationalverband affiliiert ist, dem Roten Kreuz ihr Klubgebäude angeboten und er selbst habe für $11,000 Freiheitsbonds verkauft und dem Roten Kreuz 36 neue Mitglieder zugeführt. Man habe sich nie in Politik eingemischt und nie politische Beiträge geleistet.

Bundessekretärs Timms Argument: Nationalbund war stets eine patriotische amerikanische Vereinigung.

Bundessekretär Al. Timm führte an, daß er eines der Chartermitglieder des Bundes und sein Sekretär seit Bestehen ist. Er bestritt entschieden, daß der Bund irgend welche Verbindung mit der deutschen Regierung hatte oder Fonds aus deutschen Bezugsquellen erhielt. Der Bund hätte sich stets für eine patriotisch amerikanische Vereinigung gehalten und die Grenze so eng gezogen, daß er deutsch-kanadischen Vereinigungen die Aufnahme aus dem Grunde verweigerte, weil er kein Recht hätte, Ausländer in seine Reihen aufzunehmen. Der Bund hätte sich stets nach seinem Charter und seinen Nebengesetzen gerichtet.

Die Tatsache, daß Dr. Heramer von einem ausländischen Monarchen einen Orden erhalten hätte, ginge den Bund nichts an. Eine große Anzahl der Mitglieder wäre mit der Ordensverleihung durchaus nicht einverstanden gewesen. In einem vom Sekretär geschriebenen und von den „Mitteilungen" veröffentlichten Artikel wurde dem deutschen Auswärtigen Amte zu verstehen gegeben, daß Amerikaner deutscher Geburt oder Abstammung nicht dekoriert zu werden wünschen.

Der Bund wäre gegen Prohibition gewesen und hätte von seinem Petitionsrecht an den Kongreß Gebrauch gemacht, sich aber niemals in nationale Politik eingelassen. Ja, es könnte der Nachweis dafür erbracht werden, daß sein Beamten im Jahre 1906 zwei Staatszweige, die sich in Parteipolitik eingelassen hatten, tadelten. Eine diesbezügliche Warnung sei von dem früheren Präsidenten, Dr. Heramer, in letzten Jahren noch erlassen worden. Mit dem Chicagoer Konferenzkomitee im Jahre 1916 hätte der Bund nichts zu tun gehabt.

Herr Timm wies dann auf das Naturalisations-Handbüchelchen hin, das der Bund 1915 in verschiedenen Sprachen drucken ließ und das ihm große Anerkennung einbrachte, bestritt aber eine offizielle Empfehlung für „The Fatherland", die Wochenschrift, erzählte, der Vorstand habe Entfernung aller Bilder deutscher Fürsten und Generäle sowie deutscher Fahnen angeregt, und betonte sein Eintreten für die „Liberty Loans" und die Kriegsspermarken. In Pittsburgh hätten 1394 Mitglieder deutscher Vereine Liberty Bonds im Betrage von $217,250 gekauft, während der Deutsche Unterstützungsbund für $10,000 Liberty Bonds und für $1000 Kriegsspermarken kaufte.

Der Bund stelle jetzt eine Statistik der Kämpfer für die Union deutscher Abstammung auf. Die Philadelphia Turngemeinde allein hätte 142 Mitglieder zu den Fahnen gesandt, davon hätten sich zwei Drittel freiwillig gestellt. In den Kirchengemeinden sei der Prozentsatz sogar bisweilen noch höher.

Er kam dann auf Ohlinger's Beschuldigung zu sprechen, daß der Deutsch-Amerikanische Zentralbund von Pennsylvanien den Versuch gemacht hätte, die Legislatur zu beherrschen. Derselbe hätte eine unrichtige Angabe benutzt, als er behauptete, John P. Mayer wäre zur Zeit der Kampagne gegen die Klublizensierung Vorsitzer des Legislativ-Komitees gewesen. Das war Herr Arno P. Mowitz. Auch wäre es unrichtig, daß Dr. Heramer daran teilgenommen hätte. Alle Klubs wären dagegen eingetreten. Die Brauer und Wirte hätten die Vorlage befürwortet, ebenso der damalige Gouverneur von Pennsylvanien, John K. Tener. Schutz der gesetzlichen Rechte von Vereinen, sowie Erhaltung der bürgerlichen und politischen Rechte amerikanischer Bürger wären die Hauptgründe zur Gründung des Zentralbundes von Pennsylvanien gewesen. Sie sei 1899 erfolgt. Vereine wären stets zur Beachtung der auf sie bezüglichen Gesetze aufgefordert worden. Local Option und Prohibition wären bekämpft worden, weil ihre Befürworter gemeinsame Sache mit den Freunden mit Klub-Lizensierung gemacht hätten. Das erkläre die angebliche politische Betätigung des Pennsylvania-Zweiges, auf dessen Veranlassung die Legislatur 1901 das Gesetz passierte, welches Turnunterricht in den Schulen der Städte erster und zweiter Klasse im Staate obligatorisch macht. Derselbe sei ferner für Forstschutz, Lehrer-Pension und andere gute Maßnahmen eingetreten. Seit Jahren habe er Burgerrechts-Schulen unterhalten.

Oberst Meerscheidts Rede.

Oberst Paul Meerscheidt aus San Antonio, Texas, Vizepräsident des Staatsverbandes Texas, führte in seiner Rede aus, der Verband habe sich nie von unpatriotischen Motiven leiten lassen, aber seine Mitglieder stünden angemessener Weise bei Lokalwahlen zusammen, um deutsche Interessen zu schützen und aufrecht zu halten. Auf Befragen gab Vizepräsident Meerscheidt zu, daß etwa 3 oder 4 Wochen vor der amerikanischen Kriegserklärung Dr. Heramer ihn telegraphisch aufgefordert habe, in San Antonio und anderen texanischen Städten Protest-Versammlungen gegen den Krieg abzuhalten und die Absendung von Telegrammen und Petitionen an Bundessenatoren und Kongreß-Abgeordnete zu veranlassen, daß die Kriegserklärung einer Volksabstimmung unterbreitet werden solle. Oberst Meerscheidt erklärte, er habe beide Aufforderungen unbeachtet gelassen. Vor der 1916'er Wahl will Oberst Meerscheidt eine Mitteilung von Dr. Heramer empfangen haben, er solle die deutschen Wähler auffordern, für Chas. E. Hughes zu stimmen.

Der Termin wird von dem Unterausschuß des Senats fortgesetzt.

Neuer Aushebungsplan des Generals Crowder

Gouverneur Neville hält denselben für ungerecht und macht andere Empfehlungen.

Washington, 5. März.—Gestern erschien der General-Provost Crowder wiederum vor dem Militärkomitee des Senats, um eine gemeinsame Resolution zu befürworten, durch welche das Aushebungsgesetz dahin geändert werden soll, daß das Quotum jedes Distrikts sich nach der Zahl der in die erste Klasse eingereihten Stellungspflichtigen und nicht nach der Zahl der Bevölkerung richte. Unter der neuen Klassifizierung wird niemand in der ersten Klasse der Ausgehobenen sein außer Personen, die sofort zum Dienst zur Verfügung stehen, und somit erklärte General Crowder, würde das auf diese Zahl basierte Quotum die ungerechte Bürde von den Staaten mit einer großen Anzahl von Ausländern verringern und verhüten.

Gouverneur Neville von Nebraska ist jedoch über diesen neuen Plan sehr entrüstet. In einem Briefe an die Mitglieder der Nebraskaer Delegation sagte der Gouverneur, daß diese Regel, wenn angenommen, „sehr ungerecht und unzufriedenstellend sein würde." Als Beweis für diese Behauptung führte er folgendes aus: „Zum Beispiel, in Nebraska sind trotz aller unserer Bemühungen, eine Gleichmäßigkeit zu erzielen, in einem County eine gewisse Klasse von Leuten in eine Klasse, in einem anderen County in eine andere Klasse eingereiht worden. Wenn man nun das Quotum auf die Klasse A stützt, so werden jene patriotischen Counties, in denen die Leute eine Zurücksetzung und Befreiung nicht beantragt haben, gewissermaßen bestraft und die Bürde jener Gemeinden, in denen die Leute um Zurückstellung eingekommen sind, würde daher sehr leicht gemacht werden.

„Es gibt zwei Arten, durch welche nach meiner Ansicht, eine Proportionierung erreicht werden kann, die für alle gleich gerecht ist", fuhr der Gouverneur fort. „Die eine wäre das Quotum auf die Zahl der Registranten in jedem County mit Abzug der registrierten Ausländer zu basieren; die andere die Einwohnerzahl mit Abzug der ausländischen Bevölkerung zur Grundlage zu machen."

„Wir können kaum glauben, daß irgend jemand, der eine genaue Kenntnis von der Anwendung des Aushebungsgesetzes hat, befürworten würde, daß das Quotum auf die Zahl der in die erste Aushebungsklasse eingetragenen Stellungspflichtigen gegründet werde."

Als man diese Darlegungen dem Büro des Generalprovosten unterbreitete, gab man dort an, daß die Ansichten des Gouverneurs Neville sehr gut wären, wenn es sich nicht darum handelte, die Wehrpflichtigen der ersten Klasse ohne Rücksicht auf die Bevölkerung einzuberufen.

Lenine und Trotzky werden resignieren?

Amsterdam, 5. März.—Die deutsche Regierung ist unterrichtet worden, daß der Bolshewiki Ministerpräsident Lenine und der Minister des Aeußeren, Trotzky, zurücktreten werden.

„Ein wenig verdorben" war, nach ärztlichem Gutachten, das Kühlhausfleisch, an dessen Genuß Hunderte von Personen in Illinois erkrankten. „Ist ja nur ein ganz kleines, Herr Pfarrer", sagte jene bekannte Unschuld vom Lande!

Tunnels.

Technik bei der Arbeit grenzt nahe an das Wunderbare.

Die unruhige Zeit hat die Ausführung des Tunnels, der die Alpen östlich der Mont Blanc-Kette durchstechen und Ville im Kanton Wallis und Aosta in Italien verbinden soll, vorläufig verhindert, doch wird die Inangriffnahme des Werkes jedenfalls nicht lange auf sich warten lassen und damit das bedeutendste Werk dieser Art geschaffen sein. Die Länge des Tunnels soll über 32 Kilometer betragen und der Bau wird von der schweizerischen sowie der italienischen Seite zugleich in Angriff genommen werden. Es liegt ferner der Plan vor, in der Mitte über der projektierten Sohle des Tunnels einen Schacht zu senken und von diesem aus nach beiden Seiten vorzudringen, so daß der Tunnel von vier Seiten zugleich in Angriff genommen werden kann.

Es ist erstaunlich, wenn man bedenkt, welche Fortschritte die Technik gemacht hat und besonders, wie es möglich ist, zwei Bohrungen, die räumlich dreißig Kilometer auseinanderliegen, mit solcher Genauigkeit vorzuschreiben, daß sie sich genau im Zentrum treffen.

Vorbildlich für diese Arbeit war der Bau des Sankt Gotthard-Tunnels. Am 1. Oktober 1872 begann der Bau, dessen Ausführung auch von zwei Seiten her in Angriff genommen wurde. Volle sieben Jahre lang schwebte der Unternehmer L. Favre in der fürchterlichsten Aufregung, ob sich die beiden von schweizer und italienischer Seite her in das Bergmassiv vorgetriebenen Stollen auch in der Mitte treffen würden. Diese Aufregungen untergruben seine Gesundheit derart, daß er am 19. Juli 1879, als man tief im Innern des Berges die Hammerschläge von der anderen Seite her hörte und als damit das Zusammentreffen zur Gewißheit geworden war, aus freudiger Erregung über das von ihm so oft bezweifelte Ereignis zusammenbrach und bald darauf starb.

Heutzutage ist man so weit vorgeschritten, daß diese Berechnungen keinerlei Sorgen mehr machen, und doch können die mathematisch genauen Berechnungen nicht verhindern, daß immer noch geringe Abweichungen vorkommen, die verschiedenen Umständen zuzuschreiben sind. Zu diesen gehören in erster Linie die im Tunnel auftretenden Nebelbildungen und Luftspiegelungen, die häufig die Visierlinien verschieben; dann ergab sich bei den bisherigen Bauten, daß die im Tunnel herrschende Hitze, die an vereinzelten Punkten bis zu 60 Grad Celsius stieg, die Meßplatten ausgedehnt und die Meß-Instrumente überhaupt so beeinflußt hatte, daß weitere kleine Fehler entstanden, deren Summierung dann eine Abweichung von der berechneten Achse zur Folge hatte.

Diese Abweichungen sind aber so unbedeutend, daß sie das Gesamtresultat kaum zu beeinflussen vermögen, um so mehr als sie von Zeit zu Zeit korrigiert werden können und sich auch oftmals gegenseitig aufheben.

Die Verwendung von Dampfmaschinen zum Bohren sind im Tunnel selbst nicht möglich, da der Rauch keinerlei Abzug haben würde. Man wandte deshalb bei den früheren Bauten komprimierte Luft, in neuerer Zeit aber natürliche Elektrizität an. Man hat auch versucht, zum Sprengen statt des gefährlichen Brisanzpulvers flüssige Luft zu verwenden, indessen haben sich diese Versuche nicht bewährt. Durch hartes Gestein beträgt der durchschnittliche Fortschritt der Bohrungen etwa vier Meter täglich, durch die weicheren Gesteinmassen aber natürlich bedeutend mehr.

Altes Gesetz in Kraft.

Daß jemand auf Grund einer mehr als dreihundertjährigen Gesetzesvorschrift verurteilt wird, dürfte nicht alle Tage vorkommen. Der Fall hat sich vor nicht langer Zeit in Paris ereignet und ist für die Freunde eines künstlerischen Heimatschutzes von Interesse. Im Jahre 1605 wurde unter Heinrich IV. der Königplatz, heute Place des Vosges genannt, angelegt. Eine besondere Bestimmung, die durch den Willen des Königs Gesetzeskraft erhielt, sah vor, daß alle Häuser, die an diesem Platz erbaut würden, eine Fassadeneinheit bewahren müßten. Von dieser Bestimmung war ein Eigentümer abgewichen und er wurde deshalb von der städtischen Baubehörde verklagt, die Fassade seines Hauses nach dem Muster eines der historischen Häuser des Platzes umzubauen.

— **Druckfehler.** Der Genuß der erquickenden Heidelbeeren hatte auf manchem rosigen Mündchen Spuren hinterlassen, und der witzige Assessor schien es auf die blauen Lappen der Damen besonders abgesehen zu haben.

— **In der Kneipe.** Studiosus A. (ungeduldig): „Wo bleibt denn nur der Kellner. Ich habe schon dreimal „zahlen" gerufen!"